

Auskunftsperson

 

04:48



Zeit zum Ausfüllen

1. **Die Bürgerinitiativen gegen den Ersatzneubau der Juraleitung und das bundesweite Aktionsbündnis gegen den überdimensionierten Netzausbau bitten Sie darum, Stellung zu nehmen, wie Sie und Ihre Partei zum Klimaschutz, zu den Stromtrassen und den damit verbundenen Gesetzen und Verordnungen stehen. Bitte beantworten Sie uns die folgenden 14 Fragen. Damit Sie es leichter haben, brauchen Sie einen Großteil nur ankreuzen. Bei "Sonstiges" können Sie auch einen längeren Text schreiben.**

**Wenn Sie am Schluss "Senden" anklicken, bekommen wir Ihre Antworten.**

**Bitte tragen Sie zuerst Ihren Namen, Vornamen, Partei und Wahlkreis ein!**



2. **Was können Deutschland bzw. die Bundesländer konkret dazu beitragen, um die Klimaerwärmung gemäß dem Pariser Übereinkommen auf 1,5Grad zu begrenzen?**



Einstieg in einen früheren Kohleausstieg



Schaffung einer eigenständigen Energiewendebehörde



Ausarbeitung eines neuen sektorenübergreifenden Energiewendekonzepts



Es werden keine zusätzlichen Aktivitäten als notwendig angesehen.



Einen Kohleausstieg vor 2038 lehnen ich prinzipiell ab.

  

3. **Wie soll der Ausbau der Erneuerbaren forciert werden?**

- Streichung übertriebener Mindestabstandregelungen beim Bau neuer Windräder
- Gezielter Ausbau von Solaranlagen auf öffentlichen Flächen und Gebäuden
- Photovoltaikpflicht für Neubauten und bei Sanierungen von Bestandsbauten
- Die Beratungskapazitäten in den kommunalen Verwaltungen sind auszubauen
- Regionale Projekte zur Koppelung von Wärme, Verkehr und Strom fördern
- Ein zu schneller Ausbau der Erneuerbaren ist nicht sinnvoll
- 

**4. Um die Energiewende in allen Sektoren (Strom-, Verkehrs- u. Wärmewende) voranzubringen, sind Speichertechniken erforderlich. Welche konkreten Maßnahmen dazu unterstützen Sie und Ihre Partei?**

- Dezentrale Speicher entlasten die Netze und bilden daher eine sinnvolle Alternative zum ausufernden Stromnetzausbau. Speicher können helfen die Energiewende schneller umzusetzen.
- Die marktreifen Speichertechniken (Power to X, LOHC, Biobatterie, bidirektionale Ladepunkte für e-Autos) müssen jetzt in die Praxis umgesetzt werden, um die Wirkungsgrade zu optimieren und die Kosten durch größere Stückzahlen zu reduzieren.
- Überschüssigen Strom zu kappen ist nicht sinnvoll. Da die Erzeuger trotz Kappung bezahlt werden, soll diese Energie auch ohne weitere Kostenbelastungen zur Speicherung verwendet werden.
- Das durch den Verzicht auf den Bau von Übertragungsleitungen frei werdende Kapital können die Netzbetreiber teilweise in den Bau von Speicheranlagen investieren.
- Energiespeicher sind erst erforderlich, wenn der Anteil der erneuerbaren Energien 70 Prozent übersteigt.
-

**5. Inwieweit lässt sich ein EU weit verbundenes Stromnetz mit Nachhaltigkeit und der Behauptung eines „EuropeanGreen Deals“ in Einklang bringen, wenn durch von deutschen Stromkunden bezahlte PCI (Projects of Common Interest) Leitungen (wie z.B. Ultranet, SuedLink, SuedOstLink) durch grenzüberschreitenden Stromhandel unweigerlich auch Kohle- und Atomstrom quer durch Deutschland transportiert wird?**

Der European Green Deal ist eine umfassende und ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie in den Bereichen Energie, Industrie, Kreislaufwirtschaft, Verkehr, Gebäude, Umweltschutz und Biodiversität, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft. Ich unterstütze diese ambitionierte Zielsetzung. Ein Ziel der EU-Kommission ist der Verbund der Energiesysteme sowie besser verzahnte Netze zur Förderung erneuerbarer Energiequellen. Damit muss jetzt begonnen werden, damit die Infrastruktur mittel- und langfristig für erneuerbare und dekarbonisierte Energie zur Verfügung steht.

**6. Wie stehen Sie und wie steht Ihre Partei zu der auf EU-Ebene forcierten Renaissance von atomarer Stromerzeugung und daraus folgend der Etikettierung „klimafreundlich“ für roten / violetten Wasserstoff?**

Wasserstoff ist eine Zukunftstechnologie, die eine entscheidende Rolle beim Erreichen der europäischen Klimaziele spielen wird. Als Ersatz für fossile Brennstoffe kann erneuerbarer und kohlenstoffarmer Wasserstoff zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung in energieintensiven Industrien wie Stahl, Chemie oder Zement beitragen. Wir sind uns alle einig, dass das Ziel der flächendeckende Einsatz von grünem Wasserstoff sein muss. Wir wollen schnell einen Markt für bezahlbaren Wasserstoff schaffen. Dabei kommt dem Wasserstoff aus kohlenstoffarmer Erzeugung als Übergangslösung eine besondere Rolle zu, um der Technologie ausreichend Zeit zu geben, in Wirtschaft und Alltagsleben Fuß zu fassen. Deshalb müssen wir Wasserstoff eine faire Chance geben, um unsere Industrie und Mobilität zu dekarbonisieren.

**7. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur immer lauter werdenden Forderung nach einer Dezentralen Energiewende?**

Unsere Energieversorgung, die sich auf erneuerbare Energieträger stützt, birgt neue Herausforderungen: Ein Großteil des Stroms wird dezentral in die Stromnetze eingespeist und muss danach auch weitere Strecken überwinden. Etwa der durch Windkraft im Norden erzeugte Strom, der in die Verbraucherzentren in Süddeutschland transportiert werden muss. Der notwendige Ausbau der großen überregionalen Übertragungsnetze und der lokalen Verteilnetze ist deshalb von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Energiewende. Dies soll anwohnerverträglich realisiert werden.

**8. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu den geplanten neuen Übertragungsleitungen wie SuedLink, SuedOst-Link, Ultranet, Juraleitung P53 und Fulda-Main-Leitung P43?**

- Auf den Bau der für die Versorgungssicherheit nachgewiesenermaßen nicht erforderlichen Stromtrassen muss verzichtet werden.
- Der Schwerpunkt sollte eher auf das Verteilnetz und regionale Smart Grids als auf Übertragungsnetze gelegt werden.
- Alle geplanten neuen Stromtrassen sind für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende unbedingt erforderlich.

**9. Mit welchen Maßnahmen kann die Bevölkerung vor drohenden gesundheitlichen Risiken und dem Wertverlust von Grundstücken durch den Bau der derzeit geplanten Gleichstromtrassen geschützt werden? Inwieweit verfolgen Sie und Ihre Partei die bekannten und drohenden Auswirkungen im Bereich des Umweltschutzes durch die genannten Vorhaben?**

Die Einhaltung des Abstands von 400 Meter von Hoch- und Höchstspannungsleitungen zur Wohnbebauung muss grundsätzlich ausnahmslos für alle neuen Leitungen gelten.

Zur Vermeidung von Trassenneubauten im Übertragungsnetz ist eine Kapazitätsoptimierung schon bestehender Systeme durch Leiterseilmonitoring und partiellem Einsatz von Hochtemperaturbeseilung sinnvoller.

Das Vorsorgeprinzip muss zur Anwendung kommen. Solange negative Auswirkungen auf Mensch (Gesundheit) und Natur (z.B. Bodenstrukturen, Flora, Fauna) weiterhin nicht gänzlich ausgeschlossen werden können, muss ein Moratorium bzgl. Netzausbauplanung vereinbart werden.

Gewisse Risiken müssen für eine sichere Energieversorgung eben in Kauf genommen werden.

Ein besonderer Schutz ist nicht erforderlich, da alle Einflussgrößen ausreichend berücksichtigt werden.

Der Gesetzgeber verpflichtet die Betreiber von S

Der Gesetzgeber verpflichtet die Betreiber von Stromleitungen, dass jederzeit die Grenzwerte von elektrischen und elektromagnetischen Feldern eingehalten werden müssen, andernfalls können diese nicht genehmigt werden. Die Grenzwerte basieren auf Empfehlungen der Internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierenden Strahlen (ICNIRP), der deutschen Strahlenschutzkommission (SSK) sowie wissenschaftlicher Gremien der Weltgesundheitsorganisation (WHO), insbesondere der International Agency for Research on Cancer (IARC).;

10. **Halten Sie die altbekannte Begründung für den ständig weiter erhöhten Netzausbau immer noch für zulässig, man brauche dringend neue Fernleitungen, um Strom von Nord- nach Süddeutschland zu transportieren, damit die Energiewende gelingen kann? Ist Ihnen bekannt, dass die Argumentation bereits in mehreren wissenschaftlichen Gutachten \* (u.a. vom DIW, BUND e.V., u.a.) entkräftet wurde? Wenn ja, ziehen Sie daraus auch Konsequenzen für Ihre zukünftige Politik?**

\*[https://stromautobahn.de/wp-content/uploads/2020/09/](https://stromautobahn.de/wp-content/uploads/2020/09/Stellungnahme_BUND_Bundesbedarfsplangesetz_neu-1.pdf)

[Stellungnahme\\_BUND\\_Bundesbedarfsplangesetz\\_neu-1.pdf](https://stromautobahn.de/wp-content/uploads/2020/09/Stellungnahme_BUND_Bundesbedarfsplangesetz_neu-1.pdf)

\*[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.816979.de/diwkompakt\\_2021-167.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.816979.de/diwkompakt_2021-167.pdf)

\*<https://www.landkreis-wunsiedel.de/file/pk-16-03-2021-gutachten-jarrassneu.pdf>

\*[http://www.jarass.com/Energie/C/Stromtrassen\\_ueberdimensioniert\\_v2.1.pdf](http://www.jarass.com/Energie/C/Stromtrassen_ueberdimensioniert_v2.1.pdf)

\*<http://www.jarass.com/home/de/energie/buecher-und-umfangreiche-gutachten/1376-ist-suedlink-zwingend-erforderlich>

\*[https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item\\_6000418\\_5/component/file\\_6000419/content](https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_6000418_5/component/file_6000419/content)

Als Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Fraktion befürworte ich grundsätzlich den – auch durch den Ausstieg aus Kern- und Kohleenergie – notwendigen Netzausbau, um unsere Stromnetze fit für die Energiewende zu machen. Dabei gilt für mich: Soviel Netzausbau wie nötig, so wenig wie möglich. Der bereits beschlossene Vorrang der Erdverkabelung beim Gleichstromprojekt SuedLink hat zur Befriedung der Lage in meinem Wahlkreis beigetragen. Zu begrüßen ist zudem, dass die geplante Wechselstromleitung P44 von Altenfeld in Thüringen nach Grafenrheinfeld entfallen wird.

11. **Schließt sich Ihre Partei im Sinne einer unabhängigen Wirtschaftlichkeitsprüfung der Forderung an, die vom EU-Recht zwingend vorgeschriebenen Kosten-Nutzen-Analysen für die geplanten HGÜ Vorhaben nachzureichen? Wenn nein, warum nicht?**



Deutschland führt die vorgeschriebene sozioök.

Deutschland führt die vorgeschriebene sozioökonomische und ökologische Kosten-Nutzen-Analyse für Verbindungsleitungen, die nicht Teil des EnLAG oder des BBPIG sind, regelmäßig im Rahmen der Netzentwicklungsplanung durch.

12. **Welche Möglichkeiten werden gesehen, um die Energiewende durch z.B. Korrekturen am aktuellen Strommarktdesign, am EEG oder am BBPIG / NABEG bürgerfreundlicher (d.h. mit Schwerpunkt auf regionaler Wertschöpfung) und transparenter zu gestalten?**



Der derzeitige Einfluss der Oligopole auf die Gesetzgebung ist für ein Gelingen der Energiewende kontraproduktiv.



Der aktuell geführte Energiesystemkonflikt (zentralistisch > konventionelle/fossile Energien vs. dezentral > erneuerbare Energien) muss erkannt und im Sinne des Klimaschutzes beigelegt werden.



## 16. Vorab vielen Dank für Ihre Mithilfe und Antworten.

Mit besten Grüßen

### **Für die Bürgerinitiativen gegen den Ersatzneubau der Juraleitung**

*Dörte Hamann, Oliver Hetzel, Wolfgang Schmid, Conny Zeidler, Sprecher\*in der Bls gegen den Ersatzneubau der Juraleitung*

### **Für das bundesweite Aktionsbündnis gegen den überdimensionierten Netzausbau:**

*Dörte Hamann, Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner  
Maria Quanz, Verbandssprecherin (HE) Bundesverband der BI gegen SuedLink  
Sebastian Locker, Aktionsbündnis Ultramet  
Conny Zeidler, Sprecherin der Bls gegen den Ersatzneubau der Juraleitung*

### **Hinweis:**

***Wir bitten um Antwort bis zum 5. September 2021.***

***Sie können ganz einfach antworten, indem Sie auf "Absenden" klicken.***

*Sie können aber auch das ausgefüllte Dokument per E-Mail-Anhang an  
pressestelle@stromautobahn.de*

*mailen. Oder per Post schicken an*

*Dörte Hamann, Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner  
Föhrenstr. 5  
91227 Leinburg*

*Wir weisen darauf hin, dass die Antworten im Internet und in verschiedenen Medienformaten wiedergegeben werden und Sie mit der Beantwortung der Fragen dieser Veröffentlichung zustimmen.*